

1998-2002

Wahl- plattform



CDU



CSU 

Wahlplattform von CDU und CSU

Inhalt

1. Der Aufschwung ist da – mehr Beschäftigung in Deutschland	3
2. Der Aufbau Ost hat Priorität	10
3. Der starke Staat schützt die Bürger. Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt	16
4. Sozialer Zusammenhalt – Gesellschaft des Miteinanders – Freundschaft der Generationen	19
5. Lebensqualität in Stadt und Land sichern – bauerliche Landwirtschaft stärken – erfolgreiche Umweltpolitik fortsetzen	23
6. Deutschlands Verantwortung für Europa und in der Welt	28

Die gemeinsame Wahlplattform von CDU und CSU beschreibt die Politik der Union für die Legislaturperiode 1998 bis 2002.

Weltklasse für Deutschland – das ist unsere Leitlinie für den Weg in das 21. Jahrhundert.

Weltklasse bedeutet, Maßstäbe zu setzen sowie Wettbewerb und Leistung zu bejahen. Es heißt für uns „das Beste für den Bürger geben“ und ein „verlässlicher Partner der Welt sein“.

Wir wollen Deutschlands Platz unter den führenden Nationen sichern. Wir wollen daher:

1. Eine **starke dynamische Wirtschaft**, die Arbeitsplätze schafft und eine stabilisierende Funktion für die Weltwirtschaft erfüllt. Wir wollen beste Rahmenbedingungen für Spitzenleistungen garantieren.
2. **Spitzenleistungen** als Markenzeichen, zum Beispiel in **Forschung und Innovation** sowie im **Umweltbereich**. Die beste **Ausbildung für die Jugend**; die besten Schulen, Universitäten und die beste berufliche Bildung
3. Vorrang für den **Aufbau Ost**. Wir werden die beeindruckende Erfolgsgeschichte des Aufbaus Ost fortsetzen.
4. **Maßstäbe setzen bei der Kriminalitätsbekämpfung**. Für uns gilt: Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt
5. Das **leistungsfähigste Sozialsystem der Welt**, das die Menschen für die Wechselfälle des Lebens sichert und die Schwachen schützt.
6. Eine **Vorbildwirkung bei der Preisstabilität**. Wir werden dafür sorgen, daß auch der Euro eine feste und stabile Wahrung wird und so die Erfolgsgeschichte der DM fortsetzen.
7. Eine leistungsfähige bäuerliche **Landwirtschaft**, die in unternehmerischer Eigenverantwortung produziert und unsere Kulturlandschaft pflegt.
8. Ein **Vorbild an Verlässlichkeit** für unsere Partner in Europa und der Welt. Dies bedeutet, in der NATO und bei den Vereinten Nationen mehr Verantwortung zu übernehmen
9. Ein **stabiles politisches System**. Wir wollen diese Republik und keine andere. Dazu gehört eine klare Abgrenzung gegenüber Radikalen von links und rechts.
10. Einen **Bundeskanzler der Weltklasse**.



Peter Hintze



Bernd R. Protzner

Der Aufschwung ist da - mehr Beschäftigung in Deutschland

Der Aufschwung ist da. Seit Anfang des Jahres läuft die Konjunktur wie seit langem nicht mehr. Bis zu 3 % reales Wachstum sind 1998 erreichbar und für das nächste Jahr sieht es noch besser aus.

Was noch wichtiger ist: Auch auf dem Arbeitsmarkt ist der langersehnte Durchbruch geschafft. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland seit Jahresbeginn um 700.000 zurückgegangen. Die Zahl der offenen Stellen erhöht sich permanent. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt deutlich.

CDU und CSU haben mit ihrer Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung die Voraussetzungen für diesen Aufschwung geschaffen. Diese Reformen müssen weiter fortgesetzt werden. Sie dürfen nicht, wie von der SPD angekündigt, zurückgenommen werden.

Wir können den Wettbewerb der Unternehmen und Ideen, der Steuer-, Sozial- und Bildungssysteme für uns entscheiden, wenn wir weiter mutig und entschlossen an unserer Zukunft arbeiten. CDU und CSU sind die Kräfte, die notwendige Veränderungen auch durchsetzen. Wir werden den eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen zum Wohle der Menschen in unserem Land.

Große Steuerreform: Bürger und Betriebe entlasten

CDU und CSU wollen die Belastung von Bürgern und Unternehmen spürbar senken. Unsere Bürger sollen wissen: Bei der Bundestagswahl stimmen sie zugleich ab über unseren Vorschlag für die große Steuerreform. Niedrigere Steuersätze, weniger Ausnahmen, ein vereinfachtes Steuerrecht und eine Nettoentlastung von 30 Mrd. DM für Bürger und Betriebe – das sind die Inhalte unserer Reform.

Wir wollen den Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer von heute 25,9 % auf künftig 15 % senken. Alle Steuersätze müssen runter. Auch den Spitzensteuersatz wollen wir reduzieren, von heute 53 % auf 39 %. Wir wollen den Bürgern mehr Geld in der Tasche belassen. Steuergestaltung, Steuervermeidung und Schattenwirtschaft werden auf diese Weise unattraktiv.

Wir wollen die Betriebe im Wettbewerb stärken und die Steuersätze für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit von heute 47 % auf 35 % senken. Der internationale Wettbewerb ist auch eine Konkurrenz um geringere Steu-

Wahlplattform von CDU und CSU

erbelastung Deutschland muß für Investoren attraktiv sein. Deshalb wollen wir den Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne auf 25 % und für einbehaltene Gewinne auf 35 % senken.

Gleichzeitig wollen wir das Steuerrecht vereinfachen und Ausnahmetatbestände abschaffen. Weniger steuerliche Vergünstigungen und Ausnahmen machen das Steuerrecht einfacher und gerechter.

Leistung muß sich lohnen. Die Steuerpolitik von CDU und CSU bringt Entlastung für alle.

Arbeit von Kosten entlasten

Die Kostenbelastung der Arbeit ist in Deutschland zu hoch. Wir werden die grundlegende Neuausrichtung unserer sozialen Sicherungssysteme hin zu mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge sowie zu mehr Sparsamkeit und Effizienz fortsetzen. Dabei gilt auch zukünftig der Grundsatz, daß niemand überfordert wird. Wir wollen, daß die Beitragslast bis spätestens 2002 auf unter 40 Prozent sinkt.

Mehr Freiraum für Privatinitiative - Staatsanteil senken - solide Finanzpolitik fortsetzen

Wir setzen uns das Ziel, bis zum Jahr 2000 den Staatsanteil auf 46 Prozent zu reduzieren, um mehr Freiraum für private Initiativen zu schaffen. Wir haben durch konsequente Anstrengungen bewiesen, daß das Gesetz der steigenden Staatsausgaben durchbrochen werden kann. Wir werden am erfolgreichen Kurs strikter Konsolidierung der öffentlichen Haushalte festhalten.

An unserer erfolgreichen Privatisierungspolitik halten wir fest. Wir werden durch weitere Marktoffnungen und Privatisierungen mehr Raum für unternehmerische Initiativen und neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb wollen wir weitere Unternehmen und Beteiligungen in Bundesbesitz privatisieren, z. B. im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich, Aufgaben an effizientere private Dienstleister übertragen und private Träger stärker an Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturmaßnahmen beteiligen.

Die Länder und Kommunen sind aufgefordert, sich die erfolgreiche Politik des Bundes zum Vorbild zu nehmen und ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet zu verstärken.

Neue Kultur der Selbständigkeit - Mittelstand als Motor der Wirtschaft

Wir wollen den Mittelstand stärken als Fundament für den Standort Deutschland und als Motor für neue Arbeitsplätze. Dazu wollen wir die Marktchancen für Existenzgründer weiter verbessern und ein gesellschaftliches Klima schaffen, das Existenzgründungen und Unternehmertum als erstrebenswertes Ziel vermittelt. Dazu gehört auch, daß wir bereits in Schule, Berufsschule und Hochschule die Bereitschaft zu mehr Risiko, Engagement, Kreativität und unternehmerischer Verantwortung als zentrales Bildungsziel verwirklichen.

Wir werden die Rahmenbedingungen gerade für mittlere und kleine Betriebe durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast verbessern und ein investitionsfreundliches Klima schaffen. Wir werden fortschreiten beim Abbau von bürokratischen Hürden für den Mittelstand (Vorschriften, Meldepflichten). Wir werden zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für Jungunternehmer aufbauen (Informations- und Maklerbörsen).

Privates Kapital für Investitionen und neue Arbeitsplätze bei mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern muß durch attraktive Fördermaßnahmen mobilisiert werden

Innovationen - Deutschland an der Spitze des technischen Fortschritts

Wir werden unsere Position als High-Tech-Land weiter ausbauen, indem wir Schlüsseltechnologien mit Vorrang fördern. Biotechnologie und Gentechnologie, Umweltechnologien, Multimedia und die Telekommunikationstechnologien, Luft- und Raumfahrt mit ihren Schlüsseltechnologien – daraus entwickeln sich die Wachstumsmärkte der Zukunft, Topbranchen mit enormen Beschäftigungschancen. Um in den modernen Verkehrstechnologien an der Spitze zu liegen, werden wir Verkehrsleitsysteme fördern und den Transrapid als deutsche Spitzentechnologie im eigenen Land verwirklichen

Damit wir im Wettbewerb noch besser bestehen können, werden wir Grundlagenforschung und angewandte Forschung enger verzahnen und den Technologietransfer verbessern. Damit können wir eine schnellere Vermarktung sicherstellen und dem Mittelstand wichtige Forschungsergebnisse leichter zugänglich machen (Innovationsdatenbanken, Innovationsberatungsstellen).

Wir werden eine optimale Vernetzung von Straße, Schiene, Wasserstraße und Flughäfen herbeiführen. Wir werden Maßnahmen zu einer gerechteren

Wahlplattform von CDU und CSU

Anlastung von Verkehrswegekosten ergreifen. In der Energieversorgung werden wir am Energiemix festhalten. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung – Biomasse, Solarenergie, Wasser- und Windkraft – bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Kernkraft bleibt unverzichtbar, auch aus Umweltgründen

Mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt

Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik ist eine unverzichtbare Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Kräfte, die das „Ende der Bescheidenheit“ fordern, handeln unverantwortlich. Wir unterstützen die Tarifpartner in ihrer Anstrengung, betriebliche Arbeitszeiten zu flexibilisieren (Arbeitszeitkonten), stärkere leistungs- und ertragsorientierte Gehaltskomponenten einzuführen und Überstunden abzubauen.

Aufgabe der Arbeitsverwaltung ist es, die Vermittlung von Arbeitskräften effektiv wahrzunehmen. Wir werden die Arbeitsforderung weiter verbessern. Auch die Privatisierung der Arbeitsvermittlung ist ein neuer Weg, den wir verstärkt nutzen wollen. Bereits heute werden von den Arbeitsämtern Dritte mit der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen beauftragt. Dieser Weg muß verstärkt genutzt und auch auf andere Bereiche ausgedehnt werden.

Anreize zur Arbeit verstärken - Mißbrauch bekämpfen

Der traditionelle Vollzeitarbeitsplatz ist heute nicht mehr die alleinige Norm, wird auch nicht mehr von allen angestrebt. Viele suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Mancher wäre auch mit einem Einfacharbeitsplatz zufrieden. Diesen Bedürfnissen werden wir besser Rechnung tragen. Eine akzeptable Beschäftigungschance muß jedem zugänglich sein – für die geringqualifizierten, von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen auch durch die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen auf gemeinnütziger Basis.

Bereits heute beschäftigen die Kommunen über 200 000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Das sind fast dreimal so viele wie noch vor drei Jahren. Wir wollen helfen, dieses Beschäftigungsangebot auszuweiten. Unser Ziel ist es, mittelfristig jedem Langzeitarbeitslosen, dem kein Arbeitsplatz angeboten werden kann, über die Kommunen eine gemeinnützige Arbeit zu verschaffen. Derartige staatlich gestützte Beschäftigungsverhältnisse dürfen allerdings die Entwicklungschancen mittelständischer Unternehmen nicht gefährden.

Wir setzen uns dafür ein, die Anreize für die Aufnahme von Arbeit zu verbessern. Wiederherstellung einfacher Anforderungsprofile, Einstiegstarife, Nutzung der Möglichkeiten der neuen Eingliederungsverträge sowie die Bereitschaft, geringer Qualifizierten eine Chance zu geben, sind wichtige Beiträge, die wir von den Tarifpartnern einfordern. Durch einen niedrigeren Eingangsteuersatz von 1,5 Prozent machen wir geringbezahlte Arbeit attraktiver.

Wir haben die Sozialhilfereform erfolgreich durchgesetzt und ein Modell entwickelt, das es dem Sozialhilfeempfänger ermöglicht, – je nach Familienstand – einen größeren Teil seines Zuverdienstes neben dem Sozialhilfebezug zu behalten. Jeder, der arbeitet, soll mehr verdienen, als wenn er nicht arbeitet.

In einem weiteren Schritt wollen wir den Gedanken einer verbesserten Kombination aus staatlicher Leistung und Erwerbseinkommen auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe nutzbar machen. Auch für diese Gruppen muß es sich lohnen, eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen, weil ihnen ein Teil der staatlichen Leistungen bzw. der Versicherungsleistungen erhalten bleibt. Wir wollen ein Kombilohn-Modell entwickeln, das tarifliche Niedriglöhne mit einer neugestalteten, nach Bedürftigkeit gewährten Transferleistung in optimaler Weise kombiniert, unter Einbeziehung der hierfür verfügbaren Finanzmittel aus Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Diese Mittel können besser eingesetzt werden. Denn es ist immer besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

Wir wollen den Mißbrauch von Sozialleistungen konsequent und effektiv bekämpfen. Wer Leistungen der Gemeinschaft fordert, muß auch zu Gegenleistungen bereit sein. Schwarzarbeit werden wir nachhaltig bekämpfen.

Bildung reformieren - die besten Chancen für die Jugend

Eine solide Berufsausbildung ist die beste Vorkehrung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit. Damit auch leistungsschwächere Menschen eine Chance am Arbeitsmarkt behalten, bedarf es eines geeigneten Bildungsangebots und einer insgesamt größeren Differenzierung im Bildungssystem. Dazu zählen auch zweijährige Ausbildungsgänge. CDU und CSU wollen neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, daß die duale Berufsausbildung anpassungsfähig bleibt, indem rechtzeitig neue und modernisierte Berufsbilder entwickelt werden, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegeln. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, wollen wir die Allgemeinbildung verstärken und die Erstausbildung verkürzen, damit der Einstieg ins Berufsleben früher erfolgen kann.

Wahlplattform von CDU und CSU

Wissen und Werte gehören zusammen. Für uns behält daher der Religionsunterricht seinen festen Platz als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen.

Wir setzen uns dafür ein, daß das Leistungsvermögen der Schulen in den einzelnen Bundesländern auf geeignete Art und Weise ermittelt wird, damit die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen sichergestellt werden kann. In einer weltoffenen, modernen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft müssen in Zukunft wirtschaftliche Zusammenhänge, Fremdsprachen und der Umgang mit den neuen Medien sehr viel intensiver unterrichtet werden.

Wir werden die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen stärken, indem wir ihre Flexibilität erhöhen und ihnen mehr Gestaltungsraum einräumen. Hochschulen sollen eigene Profile entwickeln können und stärker in den Wettbewerb untereinander treten. Die Finanzierung soll stärker an die Leistungsfähigkeit der Hochschulen geknüpft werden. Dies schließt nicht nur Forschungsleistungen ein, sondern auch die Qualität der Lehre und die Zahl der pünktlich zum Examen gelangten Studenten.

Schnelle und effiziente Verwaltung

Damit der Rechtsstaat seine Aufgaben effektiv erfüllen kann, muß er sich auf das Wesentliche konzentrieren. Wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit dürfen nicht durch staatliche Reglementierung und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden.

Damit Überregulierung und Überreglementierung besser eingedämmt werden können, wollen wir künftig in begründeten Fällen die Abweichung von gesetzlichen Vorgaben, wie Standards, Mindestgrößen, Prüfmaßstäben und dergleichen, ermöglichen. Durch Öffnungs- und Experimentierklauseln wollen wir Bundesgesetze für pragmatische und flexible Handhabungen vor Ort öffnen. Einfachere, schnellere Verfahren, wie das Auditierungsverfahren und das Projektmanagement, entsprechen einem neuen Verständnis von Verwaltung als öffentlicher Dienstleistung.

Wir haben Maßnahmen getroffen, um den öffentlichen Dienst in seiner Gesamtheit leistungsorientierter, flexibler und effizienter zu machen. Am Berufsbeamtentum halten wir fest. Der verstärkte Einsatz moderner Informationstechnik und neuer Führungs- und Steuerungsinstrumente sind Teilschritte einer grundlegenden Modernisierung der Verwaltung. Das öffentliche Haushaltswesen wird reformiert, um Kostentransparenz zu ermöglichen, um Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Föderalismus stärken - Vorrang für kleinere Einheiten

CDU und CSU wollen einen lebendigen Föderalismus mit mehr Wettbewerb unter den Ländern. Wir müssen wieder stärker dahin kommen, daß Bund und Länder ihren Bereich eigenverantwortlich gestalten können. Mischkompetenzen, unübersichtliche Verantwortlichkeiten und Mitwirkungsrechte, die als Blockadeinstrument mißbraucht werden können, müssen beseitigt werden. Bundesgesetze sollten nur noch dann von der Zustimmung des Bundesrates abhängig sein, wenn sie wirklich in Länderbelange eingreifen; gleichzeitig sollten die Länder mehr eigene Kompetenzen zurückerhalten.

Um mehr föderalen Wettbewerb zu erreichen, wollen CDU und CSU den Finanzausgleich und die Finanzverfassung in Deutschland reformieren. Wir wollen mehr Steuerautonomie für die Länder. Eine größere Steuerautonomie eröffnet den Ländern größeren Gestaltungsspielraum. Sie ermöglicht Flexibilität und einen gezielten Wettbewerb um optimale Standortbedingungen für Arbeitsplätze und für die Wirtschaft.

Die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden in der Finanzverfassung und den Länderfinanzausgleich müssen wir durchschaubarer und besser regeln. Dabei ist ein klares Trennsystem, das z. B. dem Bund die indirekten und den Ländern die direkten Steuern zuweist, ebenso in Erwägung zu ziehen wie ein Modell, bei dem die Länder eigene Hebesätze auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer erheben dürfen.

Bei der Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs werden wir darauf achten, daß die Verantwortung der Länder für Wachstum und Steuereinnahmen gestärkt wird. Die Finanzierungslast muß bei der staatlichen Ebene liegen, die auch für die Aufgabenerfüllung zuständig ist.

Am Vorrang für den Aufbau Ost halten wir fest. Die Pflicht zur nationalen Solidarität gebietet, daß unverschuldete Strukturnachteile insbesondere in den neuen Ländern und die Folgelasten des Sozialismus ausgeglichen werden. Unter Wahrung des Solidarprinzips kann der Wettbewerbsgedanke auch für den Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme Anwendung finden.

Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des deutschen Föderalismus im geeinten Europa wollen wir darüber hinaus vielfältige Formen des vertieften Zusammengehens und Zusammenwirkens von Ländern erleichtern.

Der Aufbau Ost hat Priorität

Aufbau fortführen - für einen selbsttragenden Aufschwung

Der Aufbau Ost zählt zu den beeindruckendsten Erfolgsgeschichten dieses Jahrhunderts. Die neuen Länder sind sichtbar aufgeblüht. Auf die großen Fortschritte beim wirtschaftlichen Aufbau sind die Menschen in Ost und West zu Recht stolz. Nach wie vor sind aber weitere gemeinsame Kraftanstrengungen notwendig. Für uns behält der Aufbau Ost Priorität.

Die großartige Aufbauleistung spiegelt die Leistungsfähigkeit Deutschlands wider, die von aller Welt bewundert und gewürdigt wird. Sie basiert auf drei Grundlagen:

- Auf der friedlichen Revolution, mit der die Menschen in den neuen Ländern die SED-Diktatur überwunden haben
- Auf den Anstrengungen und Mühen der Menschen in den neuen Bundesländern, die mit enormer Umstellungs- und Anpassungsbereitschaft einen beispiellosen Strukturwandel bewältigt haben, der die Voraussetzung für einen stabilen wirtschaftlichen Fortschritt geschaffen hat
- Auf der vorbildlichen Solidaritätsleistung der Menschen im Westen für den Aufbau im Osten als einer großen nationalen Anstrengung

Auch wenn die Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und Sozialismus mehr Zeit in Anspruch genommen hat, als viele ursprünglich erwartet hatten, und die Belastbarkeit der Menschen in den neuen Bundesländern auf eine harte Probe gestellt hat, so gibt es zu dem eingeschlagenen Weg doch keine Alternative. Wir werden diesen Weg fortsetzen – Schritt für Schritt und mit Geduld. Die bisher erzielten Erfolge sind unübersehbar.

Die Infrastruktur in den neuen Ländern ist bereits vielfach moderner als in weiten Teilen Europas. Überall in den neuen Ländern sind leistungsfähige und innovative Betriebe in Handwerk und Mittelstand entstanden. 600 000 neue Unternehmen haben 3,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. In vielen neugeschaffenen Produktionsstätten stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte mit modernster Technik wettbewerbsfähige Produkte her, die Spitzenklasse sind.

Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich heute in einer Phase der Stabilisierung und des teilweise sprunghaften Wachstums auf wichtigen Zukunftsfeldern. Bereiche, wie die chemische Industrie, die metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik, wachsen in einer Bandbreite von 10 % bis 40 % Zuwachs jährlich. Im Außenhandel erzielen die Unternehmen in den neuen Ländern Zuwachsraten von über 20 % im Jahr. Die moderne Infrastruktur bietet zusätzliche Chancen für wirtschaftliches Wachstum im Bereich innovativer, wertschöpfender Dienstleistungen.

Diese Erfolge sind auch Ergebnis der Bereitschaft, innovative Wege zu gehen und ausgetretene Pfade zu verlassen. Wir haben in den neuen Bundesländern erheblich flexiblere Tarifverträge und zum Teil erheblich effizientere Planungs- und Genehmigungsverfahren als im Westen, ohne überflüssigen Bürokratismus, Überregulierung und falschen Perfektionismus.

Wir wollen diesen Innovationsimpuls aus den neuen Ländern zu Verbesserungen im Westen nutzen: Für wesentlich einfachere Verwaltungsverfahren, für den Abbau überflüssiger Normen und Regulierungen, für schlankere Verwaltungen, für die Übertragung öffentlich wahrgenommener Aufgaben an Private, für einen entschlossenen Rückbau unseres ausufernden Rechtsstaates, auch für mehr Dynamik im Aushandeln gesellschaftlicher Interessen und in der politischen Willensbildung.

Wir wollen nach dem Vorbild der neuen Länder die Zahl der wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren Arbeitsplätze überall in Deutschland drastisch erhöhen. Dazu verfolgen wir eine konsequente Innovationspolitik, die für die alten wie für die neuen Bundesländer positive Wirkungen entfaltet. Unsere Positionen als High-Tech-Land wollen wir weiter ausbauen. Spitzen- und Zukunftstechnologie betrachten wir nicht als Bedrohung, sondern als Chance für die Entwicklung in ganz Deutschland.

Bio- und Gentechnologie sind Zukunftstechnologien. Sie leisten unverzichtbare Beiträge zur Bekämpfung von Krankheiten durch neue Medikamente sowie zur Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung. Wir haben eine Aufbruchstimmung für Existenzgründungen geschaffen. Die Zahl der Biotechnologie-Unternehmen hat sich in den letzten zwei Jahren jeweils verdoppelt. Wir werden diese Dynamik weiter fördern.

Wahlplattform von CDU und CSU

In Telekommunikation und Multimedia sind in den letzten beiden Jahren 100 000 neue Arbeitsplätze entstanden. In diesem Jahr kommen weitere 90.000 hinzu. Dafür haben wir durch Forschungsförderung und bessere Rahmenbedingungen die Fundamente gelegt. Wir werden dafür sorgen, daß Deutschland zu den ersten Standorten weltweit gehört, die über die Multimedia-Plattform der nächsten Generation, das „Internet 2“, verfügen.

In der Umwelttechnik haben wir den Spitzenplatz auf dem Weltmarkt zurückerobert. In der Solartechnik wurden bahnbrechende Investitionsentscheidungen für den Standort Deutschland erreicht. Wir werden auch hier unsere Spitzenstellung ausbauen.

Mit dem Transrapid wird ein Produkt deutscher Spitzentechnologie im eigenen Land verwirklicht. Damit verbessern wir die Ökobilanz des innerdeutschen Reiseverkehrs und die Exportchancen eines zukunftssträchtigen Verkehrssystems „Made in Germany“. Der Bau der Transrapidstrecke zwischen Hamburg und Berlin wird schwerpunktmäßig der Bauindustrie in den neuen Ländern zugute kommen und 18.000 Menschen eine Beschäftigungschance bieten.

In der Luftfahrtindustrie streben wir als Europäer die technologische Führungsrolle an. 30 000 Menschen in Deutschland bringt das Airbus-Programm direkte Arbeitsplätze. Eine Verdopplung ist möglich. Der neue Megaliner A3XX muß in Deutschland gebaut werden. Dafür treten wir ein.

Zur Verbesserung der Standortbedingungen werden wir die Verkehrswege weiter modernisieren und ausbauen. Die großen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit werden zeit- und fristgerecht fertiggestellt, damit die Verkehrsströme besser fließen. Jeder Versuch, den notwendigen Ausbau zu verhindern oder in die Länge zu ziehen, ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen.

Die Förderpolitik werden wir weiter optimieren. Mit dem neuen Förderkonzept Ost haben wir deutlich gemacht, daß auch in den nächsten Jahren der Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen für unsere Politik absolute Priorität hat. Dazu wird das gesamte Förderinstrumentarium gebündelt und transparenter gemacht. Durch die Umstellung auf Investitionszulagen wird die Förderung auf diejenigen konzentriert, die unmittelbar wirtschaftlich tätig sind. Und sie wird zielgenauer, indem sie direkt das Eigenkapital verstärkt. Die Kapitalaufnahme über die Börse für kleine, aber wachstumsstarke Unter-

nehmen, wie sie gerade in Ostdeutschland zu finden sind, haben wir erleichtert.

Weil dem Dienstleistungssektor bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme eine Schlüsselrolle zufällt, werden produktionsnahe Dienstleistungen fortan Schwerpunkte der Förderung sein. Dabei wollen wir den Mittelstand durch eine Verdoppelung der bisherigen Zulagen besonders fördern. Zugleich wurden die auf 10 % bzw. 20 % verdoppelten Investitionszulagensätze bis zum Jahr 2004 festgeschrieben, um für Investoren in Ostdeutschland langfristige Planungssicherheit zu schaffen.

Die Nachfrage nach Gütern aus den neuen Ländern muß weiter gesteigert werden. Dafür müssen die Unternehmen aus den neuen Ländern auch künftig angemessen an öffentlichen Aufträgen beteiligt werden.

Marktfähige Produkte und Dienstleistungen sind eine entscheidende Voraussetzung für den mittelfristigen Erfolg eines Unternehmens und damit für das Entstehen und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Aufarbeitung der in der ostdeutschen Industrieforschung entstandenen Defizite bleibt daher auch in den kommenden Jahren eine vorrangige Aufgabe.

Im Vordergrund unserer Politik steht der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, die aus eigener Kraft genügend Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Menschen bietet. Wir setzen daher auf die Stabilisierung vorhandener Arbeitsplätze und auf wirtschaftliches Wachstum. Nicht zuletzt wird die Verwirklichung der großen Steuerreform einen herausragenden Beitrag zum weiteren Aufbau Ost leisten.

Durch unsere Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung zeichnet sich auch auf dem Arbeitsmarkt der neuen Länder eine Trendwende ab. Das zeigt: Unsere Maßnahmen greifen, unsere Politik ist erfolgreich.

An der gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, der Wirtschaft und der Kreditwirtschaft verabredeten „Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ halten wir fest. Die Gewerkschaften fordern wir auf, schnellstmöglichst in die gemeinsame Initiative zurückzukehren und ihrer Mitverantwortung gerecht zu werden.

Für CDU und CSU hat der erste Arbeitsmarkt Vorrang. Unser Ziel ist die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen am regulären Arbeitsmarkt. Dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor kommt vor allem die Aufgabe zu, die

Wahlplattform von CDU und CSU

Wiedereingliederungschancen in den regulären Arbeitsmarkt zu verbessern. Dabei stehen für uns vor allem diejenigen Menschen im Vordergrund, die besonders hart von der schwierigen Arbeitsmarktsituation betroffen sind, also Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit gesundheitlichen oder qualifikatorischen Einschränkungen.

Die Kommunen und alle Träger öffentlicher Aufgaben fordern wir auf, die neuen Spielräume bei arbeitsmarktfördernden Maßnahmen, die wir geschaffen haben, insbesondere bei der Vergabe-ABM möglichst rasch und möglichst vollständig auszuschöpfen. Aber auch Maßnahmen, wie die Regie-ABM für Arbeitsuchende, deren Vermittlungschancen auf dem freien Arbeitsmarkt besonders stark beeinträchtigt sind, bleiben unverzichtbar. Wichtig ist, daß die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik die betroffenen Menschen nicht nur finanziell absichern, sondern für sie auch persönlich sinnvoll sind, indem sie ihnen zusätzliche, für den Arbeitsmarkt nützliche Qualifikationen vermitteln, die ihnen den Übergang in den regulären Arbeitsmarkt erschließen helfen.

Ostdeutschland hat Zukunft. Die Chancen für ein beschleunigtes, Arbeitsplatzschaffendes Wachstum der Wirtschaft in den neuen Ländern sind gut. Wir werden diese Chancen nutzen können, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag dazu leisten.

Nationale Solidarität - das Band der Einheit

Die gemeinsame Hilfe beim Aufbau im Osten ist für uns ein Gebot nationaler Solidarität – so wie Deutsche aus Ost und West, allen voran die Soldaten unserer Bundeswehr, im vergangenen Sommer am Oderbruch nationale Solidarität bewiesen haben. Solidarität setzt die innere Bereitschaft voraus zu helfen, dem anderen zur Seite zu stehen. Diese innere Bereitschaft erwacht aus gegenseitigem Verständnis, Verständnis für die Lage des anderen, für sein Handeln, für seine Motive, für seine Wertüberzeugungen.

Nationale Solidarität zwischen den Deutschen in Ost und West darf, so verstanden, keine Einbahnstraße sein. Notwendig ist, daß die Menschen im Westen Verständnis entwickeln für die Menschen im Osten für deren Leben in vier Jahrzehnten der Teilung, im real existierenden Sozialismus. Im Westen wissen die meisten leider immer noch wenig über das Alltagsleben in der DDR, über die andersartigen Biographien und Lebenserfahrungen der Menschen dort.

Ebenso ist notwendig, daß die Menschen im Osten Verständnis für ihre Mitbürger im Westen entwickeln. Ohne die Erfolge von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft im Westen wäre die Wiedervereinigung nicht gekommen und wäre die Unterstützung beim Aufbau Ost nicht möglich. Die Menschen im Osten haben sich in ihrer friedlichen Revolution 1989 und mit den Wahlen zur Volkskammer 1990 in freier Selbstbestimmung für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland entschlossen. Wenn sich Ost und West in dieser Weise gegenseitig verstehen, können wir unser Ziel der Inneren Einheit verwirklichen.

Der starke Staat schützt die Bürger. Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt

Wir werden Kriminalität und Gewaltbereitschaft entschlossen entgegentreten. Die Bürger sollen sich überall in Deutschland sicher fühlen können.

Der Leitsatz muß lauten: Wehret den Anfängen! Anfänge, das sind die geduldete Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Drogenszenen und Alkoholismus-Milieus, durch Vandalismus, Schmierereien und Belästigung durch aggressives Betteln. Wir wollen keine Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum. Wer wie Rot-Grün der Entkriminalisierung sog. „Bagatelldelikte“ das Wort redet, der senkt Hemmschwellen, ermutigt Rechtsbrecher und entmutigt gesetzestreue Bürger. Am Ende steht nicht weniger, sondern mehr Kriminalität. Am Ende stehen Gewalt und Schwerverbrechen. Wir wollen eine konsequente Verfolgung aller Rechtsverstöße durch eine bürgernahe und motivierte Polizei.

Wir wollen die Neuorientierung im Strafrecht vorantreiben und mehr Vorrang für den Schutz der Opfer durchsetzen. Die Strafen für Kindesmißbrauch und Gewaltdelikte haben wir verschärft. In den offenen Strafvollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr darstellen. Der Schutz der Bürger muß Vorrang haben. Wiederholungstäter werden durch eine Gendatex sicher und schnell identifiziert.

Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen vor gemeingefährlichen Straftaten und zunehmenden Gewalteinflüssen schützen. Leben und Sicherheit unserer Kinder haben Vorrang vor Resozialisierungsansprüchen von Sexualstraftätern. Wir wollen gewaltverherrlichenden und abstoßenden Darstellungen in den Medien und im Internet scharf entgegentreten, auch durch internationale Rechtsstandards und konsequente grenzüberschreitende Fahndung.

Wir werden dem erschreckenden Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität konsequent begegnen. Wir setzen auf Vorbeugung durch wertevermittelnde Erziehung in Familien und Schulen, auf Freizeitangebote und soziale Betreuung Jugendlicher. Um Verantwortung für eigenes Handeln bewußt zu machen, sind Jugendliche stärker zur Wiedergutmachung zu verpflichten.

Auf kriminelles Handeln Jugendlicher muß eine unmißverständliche strafrechtliche Sanktion folgen. In schweren Fällen kann auf die Unterbringung in geschlossenen Heimen nicht verzichtet werden. Für kriminelle Heranwachsende (bis 21 Jahre) muß die Verurteilung nach dem Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden. Bei Anwendung von Jugendstrafrecht wird eine Anhebung der Höchststrafe von 10 auf 15 Jahre angestrebt.

CDU und CSU wollen das Rechtsbewußtsein stärken. Den wichtigen wertevermittelnden Instanzen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Kirchen – kommt dabei besondere Bedeutung in der Erziehung zu. Auch die Medien müssen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewußt sein.

Es muß Schluß sein mit der Unkultur des Wegsehens. Wir wollen verantwortungsbewußtes Hinsehen, Helfen und aktive Nachbarschaft fördern. Modelle wie die „Sicherheitswacht“ in Bayern haben sich bewährt. Sie sollen in allen Bundesländern eingeführt werden. Wir wollen den Schutz vor Gewalt und Kriminalität als zentrale und gemeinsame Aufgabe von Staat und Bürgern.

Wir wollen verhindern, daß organisiertes Verbrechen zu einem Krebsgeschwür in der Gesellschaft werden kann. Verbrecherwohnungen müssen wirksam abgehört und mit Videokameras zu Beweis Zwecken überwacht werden können.

Wir werden für eine wirkungsvollere Kriminalitätsbekämpfung in der Europäischen Union sorgen und die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden in Mittel-, Ost- und Südosteuropa verbessern.

Wir wollen Schleuserorganisationen das Handwerk legen. Zunehmende Brutalität und der Einsatz modernster Technik erfordern hierzu eine europaweite Strategie. Die EU-Grenzen müssen von jedem Mitgliedstaat gegen illegale Zuwanderung und organisierte Einschleusung gesichert werden. Wir werden auf eine stärkere Zusammenarbeit von Grenzschutz, Polizei und Justiz der beteiligten Länder hinwirken.

Wer unser Gastrecht mißbraucht, muß unser Land verlassen und wissen, daß er nicht wiederkommen darf. Gegen kriminelle Ausländer, die sich illegal oder kurzfristig in Deutschland befinden, werden wir konsequent vorgehen.

Wir erteilen jeder Verharmlosung und Freigabe von Rauschgiften eine entschiedene Absage. Wir werden an unserer Drogenpolitik festhalten. Geziel-

Wahlplattform von CDU und CSU

tes Vorbeugen, konsequente Strafverfolgung und Hilfe für Abhängige Eine Abgabe von Haschisch in Apotheken oder Heroin durch den Staat werden wir nicht zulassen

Wir werden den Kampf gegen die Drogenmafia verstärken Die Strafen für Großdealer und Rauschgiftbosse, für Hintermänner und Drahtzieher werden wir verschärfen

Sozialer Zusammenhalt - Gesellschaft des Miteinanders - Freundschaft der Generationen

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit - Werte als Fundament der Gesellschaft

Grundlage unserer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft sind gemeinsame Grundwerte. Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die nicht selbstverständlich und für alle Zeiten gesichert sind.

Wir benötigen darüber hinaus einen stärkeren Wertekonsens, um erfolgreich die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Notwendig sind vor allem das alltäglich gelebte Vorbild des Burgers und die Stärkung der wichtigen werte-vermittelnden Gemeinschaften und Einrichtungen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Kirchen.

Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen, das Wissen um Gottes gute Schöpfung und die Orientierung an christlichen Werten. Wir unterstützen die Kirchen in ihrer Arbeit, Orientierung zu stiften und geistige Heimat zu bieten. Den Schutz des religiösen Bekenntnisses gegen verletzende Angriffe und Beschimpfungen wollen wir verstärken.

Unsere Rechtsordnung schützt auch das religiöse Bekenntnis von Glaubensgemeinschaften, die außerhalb unseres christlich-abendländischen Kulturkreises stehen. Das gilt allerdings nur, soweit durch entsprechende Äußerungsformen der öffentliche Friede und die religiösen Gefühle anderer nicht verletzt werden.

Wir bekennen uns zur unverletzlichen Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen – am Anfang des Lebens ebenso wie am Ende – sind unantastbar. Wir werden sie weiter schützen.

Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt und auf sie angewiesen. Die Freiheit des Einzelnen verwirklicht und bewährt sich in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Der Einzelne muß Verantwortung für sich und seine Mitmenschen tragen. Wir wollen eine Gesellschaft des stärkeren sozialen Miteinanders. Entscheidend für unsere Zukunft sind die gemeinschaftsstiftenden

Wahlplattform von CDU und CSU

und gemeinschaftserhaltenden Werte wie Verantwortungsbereitschaft, Gemeinsinn, Nächstenliebe

Wer bereit ist, Verantwortung für andere zu übernehmen, Dienste am Nächsten zu leisten, den wollen wir ermutigen und fordern. Viele Menschen, gerade junge Menschen, sind bereit zu helfen, mitzumachen, sich zu engagieren. Wir wollen dazu Anstöße geben, ihnen Ziele zeigen, die den Einsatz lohnen. Wir wollen für erheblich mehr öffentliche Anerkennung freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements in Initiativen, Vereinen und Kirchen sorgen.

Unsere Gesellschaft wird ihr menschliches Gesicht nur behalten, wenn Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit die verpflichtenden Grundlagen bleiben. Es ist die besondere Selbstverpflichtung von CDU und CSU, die christlich geprägten Wertegrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken.

Vorfahrt für die Familie

Im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft steht für uns die Familie. Auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bleibt sie die Lebensgemeinschaft der Zukunft.

Wir haben den Familienleistungsausgleich durchgreifend verbessert, Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge deutlich erhöht. Durch die Einführung eines Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs konnten wir den jungen Familien in einer entscheidenden Lebensphase spürbar helfen. Wir haben die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungsleistungen eingeführt und ausgeweitet. Bis zum Jahr 2000 wird diese Anerkennung auf 100 % des Durchschnittsverdienstes der Versicherten angehoben. CDU und CSU haben ein flächendeckendes Angebot an Kindergartenplätzen durchgesetzt, ein neues Kindschaftsrecht wurde eingeführt, das eheliche und nichteheliche Kinder rechtlich gleichstellt.

Wir werden die Familien weiter stärken. Wir wollen vor allem dafür sorgen, daß die Arbeit mit Kindern und für Kinder größere Anerkennung findet. Finanzielle Spielräume werden wir konsequent zugunsten der Familie nutzen, insbesondere für Kindergeld und Erziehungsgeld. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wollen wir fordern – vor allem durch ein bedarfsgerechtes Angebot zur Tagesbetreuung. Den Alleinerziehenden wollen wir besonders helfen.

Freundschaft der Generationen, Partnerschaft von Mann und Frau

Ehe und Familie sind unverzichtbare Institutionen, die sich im gesellschaftlichen Wandel bewähren. Die eheliche Lebensgemeinschaft ist heute stärker geprägt vom gleichberechtigten Interesse von Mann und Frau an partnerschaftlicher Lebensgestaltung. Diesem Interesse wollen wir Rechnung tragen. Die Ehe bleibt die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder.

Unser Leitbild ist die Partnerschaft und Solidarität der Generationen. Generationensolidarität heißt nicht nur, daß die ältere Generation eine Alterssicherung genießt, die ihre Lebensleistung widerspiegelt. Generationensolidarität heißt auch, daß wir nicht auf Kosten derer leben dürfen, die nach uns kommen. Das gilt für die öffentliche Verschuldung ebenso wie für unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Den Sozialstaat zukunftsfest machen

Damit die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme erhalten bleibt, werden wir den Sozialstaat weiter umbauen. Daß Umbau nicht gleichbedeutend mit Abbau ist, sondern Fortentwicklung bedeutet, haben wir mit der Einführung der Pflegeversicherung, durch die sich die Situation von über 1,7 Millionen Pflegebedürftigen und der Pflegekräfte durchgreifend verbessert hat, bewiesen.

Mit der Rentenreform 1999 haben wir die finanziellen Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug angemessen auf Beitragszahler und Rentner, auf Junge und Alte verteilt. Der nächste Reformschritt wird die Reform der Hinterbliebenenrente sein. Daneben werden wir für eine weitere Stärkung der zentralen Rolle der Familie für den Generationenvertrag eintreten. Wer nach 45 Beitragsjahren in Rente geht, soll keine Abschläge hinnehmen müssen. Für eine umfassende und langfristig wirksame Stabilisierung der Altersversicherung wollen wir insbesondere junge Menschen ermutigen, frühzeitig ergänzend für das Alter vorzusorgen. Darüber hinaus treten wir für Rahmenbedingungen ein, die es der betrieblichen Altersversorgung ermöglichen, ihre ergänzende Funktion innerhalb des Alterssicherungssystems weiterhin übernehmen zu können.

Unserer Bevölkerung wird auch in Zukunft eine erstklassige gesundheitliche Versorgung bei umfassendem sozialem Schutz zur Verfügung stehen. CDU

Wahlplattform von CDU und CSU

und CSU haben mit der Gesundheitsreform einen grundlegenden Wandel vollzogen – weg von einer reinen Begrenzung der Ausgaben hin zu einer am Menschen und dessen medizinischem Bedarf orientierten Gesundheitspolitik. Diese Umsteuerung zu mehr Eigenverantwortung und weniger staatlicher Reglementierung stellt auch künftig eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung sicher. Niemand wird in Deutschland wegen seiner Krankheit, seines Alters, seiner Herkunft, seines Einkommens oder der Zahl seiner Kinder überfordert oder ausgegrenzt. Dafür sorgen auch die deutlich verbesserten Harterfallregelungen. Gleichzeitig haben wir seit nunmehr sechs Jahren Beitragsstabilität. Auch dies ist ein gewichtiger Beitrag zur Sicherung unseres bewährten und vorbildlichen Gesundheitssystems.

CDU und CSU werden diesen Weg einer modernen und innovationsoffenen Gesundheitspolitik konsequent fortsetzen.

Die fortschreitende Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in 620/520-DM-Jobs ist eine Fehlentwicklung. Wir werden eine Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Weg bringen, die für mehr Dynamik im Bereich von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitarbeit sorgt. Eine ersatzlose Abschaffung lehnen CDU und CSU ab.

Wir wollen eine breitere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Kapitalerträgen erreichen – insbesondere über die Einführung investiver Lohnbestandteile, Lohnerhöhungen und Sparbeiträge, die zur betrieblichen oder überbetrieblichen Kapitalbildung verwandt werden, wollen wir in einem ersten Schritt bis zu einer Höhe von 800,- DM durch eine Sparzulage von 20 % (25 % in den neuen Bundesländern) fördern. Hierfür haben wir die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen.

Die Förderung von Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungen wird fortgeführt werden. Dabei räumen CDU und CSU der Förderung von Wohneigentum Vorrang ein. Die Wohnungsbauförderung wird künftig weiter stärker auf die eigentlichen Zielgruppen, d. h. auf Haushalte, die sich am Wohnungsmarkt nicht aus eigener Kraft versorgen können, ausgerichtet werden. Ziel ist es dabei, Fehlförderungen zu vermeiden. CDU und CSU wollen auch das Wohngeld an die veränderten Mieten und Einkommen anpassen und strukturelle Fehlentwicklungen korrigieren.

Lebensqualität in Stadt und Land sichern - bäuerliche Landwirtschaft stärken - erfolgreiche Umweltpolitik fortsetzen

Stadt und Land als Heimat lebendig erhalten und modern gestalten

Wir leben in einer Welt, die immer offener, immer grenzenloser wird, in der Umbrüche und Veränderungen immer rascher aufeinander folgen und die jedem von uns immer größere Chancen bietet. Im selben Maße aber wächst auch das Bedürfnis nach Vertrautheit und Verwurzelung. Es wächst das Bedürfnis nach regionaler Identität und heimatlicher Verbundenheit. Heimat – das sind unsere Dörfer und Gemeinden, unsere Städte und Großstädte, in denen wir geboren und aufgewachsen sind, in denen wir leben und arbeiten, in denen wir uns im Alter zur Ruhe setzen. In einer mobilen Gesellschaft mag dieser Ort wechseln, der Wunsch nach Zugehörigkeit, nach Vertrautheit nimmt dadurch eher noch zu.

CDU und CSU wollen die lokalen und regionalen Bindekräfte stärken. Deutschland ist ein Kulturstaat mit reicher Vielfalt historisch gewachsener Traditionen, Brauchtum und Lokalgeschichte. Wir wollen diese kulturelle Vielfalt, die die besondere Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden ausmacht, erhalten. Dazu gehört insbesondere eine ausgewogene Raumordnung und Städteplanung.

Deutschland verfügt wie kaum ein anderes Land über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Wir werden alles daran setzen, diese ausgewogene Struktur zu erhalten. Das setzt insbesondere voraus, daß die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Gewerbe und Freizeitgestaltung in Städten, Dörfern und Landschaften optimal aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden.

CDU und CSU werden die Kommunen in dieser Aufgabe besonders unterstützen. Die Zuständigkeiten sollen möglichst bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. Städte und Gemeinden müssen die notwendigen Mittel erhalten, um ihre Selbstverwaltungsaufgaben wirkungsvoll

im Dienste des Bürgers wahrnehmen zu können. In leistungsfähigen Kommunen sehen wir das entscheidende Gegengewicht zu den Zentralisierungs- und Bürokratisierungstendenzen unserer Zeit

Mehr Lebensqualität für unsere Städte

Unsere Städte waren schon immer mehr als nur Wohnort und Arbeitsstätte der Menschen. Sie sind Handels- und Einkaufszentrum, Bildungsstätte, Ort der Unterhaltung, der Begegnung, Ort der Integration. Unsere in Jahrhunderten gewachsenen Städte mit ihrem vielfältigen äußeren Erscheinungsbild, ihrer wertvollen Bausubstanz, ihren Sehenswürdigkeiten, mit ihrem urbanen Leben sind Teil unseres Kulturerbes. Sie müssen lebenswert und anziehend bleiben. Deutschlands Großstädte sind Deutschlands Visitenkarte in der Welt.

Wir wollen unsere Innenstädte als Standorte für vielfältige, mittelständisch geprägte Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe beleben. Der strukturellen Auszehrung, insbesondere des innerstädtischen Einzelhandels werden wir entgegenwirken. Die übermäßige Ansiedlung großflächiger Einkaufszentren lehnen wir ab. Denn Einkaufszentren auf der grünen Wiese fordern nicht nur die Zersiedelung und erhöhen den Flächenverbrauch, sie verursachen auch erhöhtes Verkehrsaufkommen und lange Anfahrtswege, während insbesondere älteren Menschen und Müttern mit Kindern die Einkaufsmöglichkeit um die Ecke zunehmend genommen wird. Zwischen inner- und außerstädtischen Zentren muß zumindest Chancengleichheit herrschen. Diese kann beispielsweise durch effektives „City-Management“ und „City-Logistik“ unter Einschluß eines optimierten öffentlichen Personennahverkehrs hergestellt werden. Eine überzogene Verkehrsberuhigung, die die Menschen mit ihren Kauf- und Lebensgewohnheiten aus der Stadt treibt, statt sie in der Innenstadt zu halten, ist nicht stadtfördernd.

Die Modernisierung des innerstädtischen Wohnungsbestandes wird einen größeren Stellenwert im Rahmen unserer Wohnbauförderung einnehmen. Unsere Innenstädte sollen attraktive und sichere Wohnstandorte bleiben.

Unsere Bürger müssen sich auf Straßen und Plätzen, in Parkanlagen, ebenso wie in den U-Bahnen unserer Großstädte, zu jeder Tageszeit sicher fühlen können. Öffentliche Verwahrlosung, aggressives Betteln, offene Drogenszenen, Farbschmierereien beeinflussen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erheblich. Darunter leidet auch der Standort Innenstadt. Hier ist eine

stärkere Präsenz der Polizei- und Ordnungskräfte erforderlich. Mit der Aktion „Sicherheitsnetz“ werden wir wirkungsvoll gegen Kriminalität in den Städten vorgehen. Lebendige Innenstädte mit Einzelhandel und Gastronomie sind die beste Vorbeugung für mehr Sicherheit und weniger Kriminalität.

Zukunft der ländlichen Räume sichern

Wir brauchen wirtschaftlich lebensfähige ländliche Räume mit lebendigen Dörfern und Gemeinden. Eine zukunftsweisende Politik für den ländlichen Raum und die ihn prägende Land- und Forstwirtschaft ist deshalb ein besonderes Anliegen von CDU und CSU.

Wir werden die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes durch eine integrierte Strukturpolitik weiter verbessern, deren erstes Ziel die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer, zukunftsreicher Arbeitsplätze ist. Die neuen Technologien wollen wir zur Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum nutzen. Mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie steigen die Chancen für eine tragfähige Wirtschaftsentwicklung in den Regionen. Jungen qualifizierten Menschen müssen Perspektiven im ländlichen Raum geboten werden.

Für Land- und Forstwirtschaft, für Handwerk, Gewerbe und vor allem für den Einzelhandel werden wir mittelstandsfreundliche, zukunftsorientierte und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Angemessene Lebensbedingungen vor Ort und Erhalt der Mobilität sind für die Menschen im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben deshalb wichtige Ziele unserer Politik.

Bäuerliche Landwirtschaft stärken

Ländlicher Raum und Landwirtschaft gehören zusammen. Wir werden auch in Zukunft die Existenz einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland sichern, die in unternehmerischer Eigenverantwortung umweltschonend und tierschutzgerecht produziert. Wir wollen, daß unsere Landwirtschaft die vielfältigen Anforderungen unserer Gesellschaft – wie Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, die Erzeugung umweltfreundlicher Rohstoffe, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft – dauerhaft erfüllen kann.

Wahlplattform von CDU und CSU

Unsere Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft und im gesamten ländlichen Raum setzen wir fort. CDU und CSU setzen sich dafür ein, die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf der Grundlage der Reform von 1992 weiterzuentwickeln.

Wir wollen, daß unsere Landwirte einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens aus Markterlösen erwirtschaften können. Eine überzogene staatliche Reglementierung und eine weitergehende Abhängigkeit von Prämienzahlungen bieten keine unternehmerische Perspektive für die bauerlichen Betriebe. Wettbewerbsbeschränkende und leistungsfeindliche Obergrenzen lehnen wir ab.

Die Mitgliedstaaten brauchen wieder größere Spielräume bei der Finanzierung und Ausgestaltung der Agrarpolitik. CDU und CSU wollen die Verantwortung der Mitgliedstaaten und Regionen deutlich stärken und Zuständigkeiten zurückverlagern. Hierfür treten wir auf europäischer Ebene mit Nachdruck ein. Die agrarpolitischen Vorschläge der EU-Kommission (Agenda 2000), mit steigenden Belastungen für unsere Steuerzahler bei gleichzeitig sinkenden Einkommen der Bauern, sind nicht akzeptabel. CDU und CSU lehnen die Agenda 2000 in der vorliegenden Form daher nachdrücklich ab.

CDU und CSU bestehen bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik auf Lösungen, die der deutschen Landwirtschaft verlässliche Perspektiven für die Zukunft bieten. Das wollen wir insbesondere durch Entlastung der Märkte bei Milch und Rindfleisch erreichen.

Bei den anstehenden WTO-Verhandlungen werden wir für einen angemessenen Außenschutz eintreten und damit die hohen europäischen Umwelt-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards absichern.

Im Sinne des Miteinanders von Umweltschutz und Landwirtschaft halten wir unverrückbar daran fest, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der „guten fachlichen Praxis“ hinausgehen, einen angemessenen Ausgleich geben muß. Dies wollen wir – auch gegen den Widerstand der SPD – im Bundesnaturschutzgesetz verankern.

Die natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen bewahren. Das ist Kernanliegen unserer Politik in christlicher Verantwortung.

Deutschland ist in der Umweltpolitik international führend, weil wir Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung als Einheit sehen. Wir setzen bei der Fortentwicklung unserer Umweltpolitik konsequent auf die Instrumente des Marktes mehr Eigenverantwortung für die Unternehmen (z. B. Öko-Audit), freiwillige Selbstverpflichtung, Rücknahmeverpflichtung der Hersteller im Abfallrecht. Unser Ziel ist, daß Produkte und Verfahren entwickelt werden, die von vornherein ein Maximum an Umweltverträglichkeit aufweisen.

Wir werden mit Nachdruck die Verabschiedung eines Umweltgesetzbuches vorantreiben mit dem Ziel, das Umweltrecht überschaubarer und damit vor allem für den Mittelstand praktikabler zu machen.

Wirtschaftswachstum darf nicht stärkere Inanspruchnahme von Ressourcen bedeuten. Beim Energieverbrauch ist uns in Deutschland diese Entkoppelung bereits gelungen. Neben der möglichst effizienten und rationellen Nutzung fossiler Energieträger und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird weiterhin die Kernenergie ihren Beitrag zur deutschen Energiewirtschaft leisten. Sowohl unter dem Aspekt der CO₂-Reduzierung als auch der Fortentwicklung internationaler Sicherheitsstandards, die auch dem Schutz unserer eigenen Bevölkerung dienen, können wir uns keinen Ausstieg aus dieser Spitzentechnologie leisten.

„Global denken, vor Ort handeln“ – das bedeutet, daß Erfolge im Kampf um das ökologische Gleichgewicht auf dieser Erde nur erzielt werden können, wenn jedes Land den ihm zustehenden Beitrag mit den Mitteln nationaler Umweltpolitik erbringt. Wir halten an unserem Ziel fest, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % zu reduzieren. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung – Solarenergie, Wasser- und Windkraft – bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Und wir wollen die rasche Einführung des 5- und des 3-Liter-Autos.

Nationale Alleingänge in der Energiebesteuerung, wie sie von Rot-Grün gefordert werden, kommen für uns nicht in Frage, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit unsere Arbeitsplätze massiv gefährden würden. Wir setzen uns ein für eine europaweit abgestimmte, harmonisierte, aufkommens- und wettbewerbsneutrale Energiebesteuerung.

Deutschlands Verantwortung für Europa und in der Welt

Das vereinte Europa voranbringen

CDU und CSU wollen die europäische Einigung weiter voranbringen. Die europäische Integration entscheidet über die Zukunft unseres Kontinents. Die Verankerung unseres Vaterlandes in der Europäischen Union und die gemeinsame europäische Wahrung liegen im Interesse Deutschlands. Wir haben die historisch einmalige Chance, eine dauerhafte Friedensordnung in einem freien und stabilen Europa zu schaffen. Unsere Vision ist ein Europa der Nationen und Regionen. CDU und CSU sagen Nein zu einem zentralistischen europäischen Bundesstaat. CDU und CSU haben ein klares Programm für Europa:

- CDU und CSU haben sichergestellt, daß die Wirtschafts- und Währungsunion eine Stabilitätsgemeinschaft ist. Nur mit einer harten Gemeinschaftswährung können sich 300 Millionen Europaer im intensiver werdenden internationalen Wettbewerb erfolgreich behaupten. CDU und CSU haben durchgesetzt, daß der Euro so stabil wird wie die Mark. Wir haben eine historisch beispiellose Stabilitätskultur in Europa geschaffen. CDU und CSU bleiben auch in Zukunft Garanten für Stabilität in Europa. Wir wollen kein sozialistisches Europa der Umverteilung.
- CDU und CSU sind für ein starkes Europa, dem die Bürger vertrauen. Europa wird die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur bewältigen, wenn es bürgernah ist und auf die Zustimmung der Bürger zahlen kann. CDU und CSU haben den föderalen Gedanken der Subsidiarität nach Europa getragen. Wir wollen ein Europa, das sich auf Aufgaben konzentriert, die nur auf europäischer Ebene lösbar sind: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Bewältigung weltweiter Asyl- und Flüchtlingsströme und gemeinsame Standards im Umweltschutz. Die Bürger werden Entscheidungen auf europäischer Ebene nur dann akzeptieren, wenn die entsprechenden Regelungen nicht in ausreichender Weise auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene getroffen werden können. Und wenn zugleich klar ist, daß eine Entscheidung auf europäischer Ebene unbedingt erforderlich ist und im Interesse der Menschen liegt.

-
- CDU und CSU wollen Kompetenzen auf Nationalstaaten und die Regionen zurückverlagern, soweit gemeinsames Handeln nicht erforderlich ist. Ortliche, regionale oder nationale Besonderheiten müssen bei der Entscheidungsfindung in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. Wir wollen eine stärkere Kontrolle der EU-Kommission und der EU-Verwaltung. Das Europäische Parlament muß entsprechend in seinen Rechten weiter gestärkt werden
 - CDU und CSU setzen sich mit Nachdruck für eine faire Lastenteilung bei der Finanzierung Europas ein. Wir werden deshalb für eine Neuordnung der Gemeinschaftsfinanzen eintreten. Künftige Aufgaben der Europäischen Union müssen aus dem bestehenden Finanzrahmen erfüllt werden. Die Mittel für die künftige Strukturförderung in der Europäischen Union sind zu begrenzen. Bei den dafür notwendigen Einsparungen werden wir eine überdurchschnittliche Belastung Deutschlands und eine Benachteiligung unserer ländliche Räume verhindern. Mitgliedsstaaten und Regionen brauchen mehr Spielraum für eine eigenverantwortliche Förderung ihrer Unternehmen. Leistungen aus dem Kohäsionsfonds an Teilnehmerstaaten der Währungsunion müssen rasch auslaufen.
 - CDU und CSU lehnen eine Transferunion mit zusätzlichen Belastungen für die deutschen Steuerzahler ab. Forderungen von Rot-Grün nach einem EU-Beschäftigungsprogramm und einer Angleichung von Sozialstandards sind nicht bezahlbar und gingen unverantwortlich zu Lasten Deutschlands.
 - Die Osterweiterung ist im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands und rückt unser Vaterland in die Mitte der Europäischen Union. CDU und CSU wollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit den ersten sechs Beitrittskandidaten zügig, aber sorgfältig führen. Ausreichend lange Übergangsfristen nach dem Beitritt sind wegen der großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung gleichermaßen im Interesse der Beitrittsländer wie der Europäischen Union.
 - Die Fortschritte im Vertrag von Amsterdam müssen für eine verbesserte Bekämpfung internationaler Kriminalität und eine strikte Begrenzung der Zuwanderung genutzt werden. Im Bereich des Asylrechts ist eine faire Lastenverteilung der Asylsuchenden auf die EU-Mitgliedsstaaten notwendig.

Aussiedler und Vertriebene

Unsere Sorge für die Deutschen in Rußland und in den anderen Ländern Ost- und Südosteuropas ist ein Gebot nationaler Solidarität. Spätaussiedler sind

Wahlplattform von CDU und CSU

Deutsche und haben ein Recht darauf, im Rahmen des geordneten Aufnahmeverfahrens nach Deutschland zu kommen und hier für sich und ihre Familien eine Zukunft aufzubauen. Zugleich wollen wir dazu beitragen, daß diejenigen, die bleiben wollen, gesicherte Lebensperspektiven in ihrer angestammten Heimat erhalten.

CDU und CSU wollen die deutschen Heimatvertriebenen und deutsche Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa intensiv in das Zusammenwirken mit unseren östlichen Nachbarstaaten einbeziehen – vor allem im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union. Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf Heimat auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, das sich als Rechts- und Wertegemeinschaft versteht und in dem die Völker und Volksgruppen unter wechselseitiger Achtung und Förderung der jeweiligen Identität eintrachtig und ohne rechtliche Diskriminierung auch aus der Vergangenheit zusammenleben können.

Frieden, Freiheit und Stabilität sichern: Ja zu NATO und Bundeswehr

Deutschland muß ein verlässlicher und bundnistreuer Partner bei der Übernahme von Verantwortung für Frieden und Freiheit bleiben. CDU und CSU haben die Teilnahme der Bundeswehr an Friedenseinsätzen der NATO durchgesetzt, während Rot-Grün das als „Militarisierung deutscher Außenpolitik“ heftig bekämpft hat. Deutschland wird sich auch in Zukunft seiner Verantwortung stellen. Die Soldaten der Bundeswehr leisten hervorragenden Friedensdienst in Bosnien.

Wir wollen die NATO als Garanten für Frieden, Freiheit und Stabilität in Europa stärken. Zur NATO gibt es keine Alternative. Wir werden die NATO als Wertegemeinschaft und Verteidigungsbündnis zu einer Allianz für Stabilität und Krisenbewältigung weiterentwickeln. Die NATO muß für weitere Kandidaten offen sein. Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit müssen dabei gewährleistet bleiben.

Die Westeuropäische Union ist europäischer Pfeiler der NATO und der verteidigungspolitische Arm der EU. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärkt die Position der EU in der internationalen Politik. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Rußland und der Ukraine ist hierfür von besonderer Bedeutung. Mit CDU und CSU wird es keine Schwächung oder schrittweise Auflösung der NATO nach dem Modell von Rot-Grün geben.

CDU und CSU wollen ein gleichgewichtiges Bündnis zwischen Europa und Amerika. Die Vereinigten Staaten müssen auch in Zukunft eine prägende sicherheitspolitische Kraft in Europa bleiben. Wir wollen die enge Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten kräftigen und weiter ausbauen.

Wir wollen Übereinstimmung herbeiführen zwischen dem europäischen Teil der NATO, der Westeuropäischen Union und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muß handlungsfähiger werden.

Wir werden die Voraussetzungen für eine moderne und leistungsfähige Bundeswehr weiter sicherstellen. Der Friedensumfang der Bundeswehr von 340.000 Soldaten und die ausgewogene Mischung von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten entsprechen den sicherheitspolitischen Anforderungen von heute und morgen. An der Wehrpflicht halten wir fest. Sie ist unverzichtbare Grundlage für die erfolgreiche Integration unserer Bundeswehr in Staat und Gesellschaft. Wir wollen eine Bundeswehr, die durch das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform und das Konzept der Inneren Führung geprägt ist.

Unsere Soldaten sind gut ausgebildet und hoch motiviert. Sie haben sich bei der Flutkatastrophe an der Oder hervorragend bewährt und damit einen sichtbaren Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands geleistet. Wir werden unsere Soldaten auch strafrechtlich vor Verleumdungen und persönlicher Verunglimpfung schützen. Öffentliche Gelöbnisse werden wir weiter überall in Deutschland durchführen.

Zuwanderung einschränken - Integration fordern und fördern

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Wir sind weltoffen und gastfreundlich. In Deutschland haben mehr Bürgerkriegsflüchtlinge Zuflucht gefunden als in allen anderen europäischen Staaten. Damit unser Land ausländerfreundlich bleibt, darf die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen aber nicht überfordert werden. Deshalb muß der Zuzug so eng wie möglich begrenzt bleiben. Wer Zuwanderung für unser dicht besiedeltes Land fordert, gefährdet den inneren Frieden. Er leistet damit auch radikalen Kräften Vorschub. Deutschland kann einen verstärkten Zuzug nicht verkraften. Illegale Zuwanderung werden wir mit allen Kräften unterbinden.

CDU und CSU haben das neue Asylrecht gegen langjährigen Widerstand von Rot-Grün durchgesetzt und damit erfolgreich den Mißbrauch eingedämmt. Die Bewerberzahlen sind gegenüber Anfang der 90er Jahre auf unter ein Viertel zurückgegangen.

Wahlplattform von CDU und CSU

Wir werden nicht zulassen, daß SPD und Grüne das neue Asylrecht bei der Abschiebung unterlaufen. Politisch Verfolgte sollen weiter Schutz finden können. Das ist aber nur möglich, wenn wir Mißbrauch weiter konsequent unterbinden.

Ausländer, die nur nach Deutschland kommen, um unsere Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu können, und Ausländer, die ihre Ausweispapiere vernichten, um ihre Abschiebung zu vereiteln, erhalten zukünftig nur noch die notwendigsten Leistungen: Ernährung, Gemeinschaftsunterkunft, Kleidung, Behandlung bei akuter Erkrankung, keinerlei Bargeld. Das haben CDU und CSU im Deutschen Bundestag gegen den Widerstand von Rot-Grün durchgesetzt. Wir üben damit bewußt Ausreisepflicht aus auf diejenigen, die sich nicht rechtmäßig verhalten und damit unseren Staat zu Leistungen nötigen wollen. Diese Neuregelung wollen wir auch auf ausreisepflichtige Ausländer ausdehnen, denen die Ausreise auch zuzumuten ist, und auf alle illegal Eingereisten.

Ausländer, die kein Bleiberecht in Deutschland erhalten, müssen unser Land auch wieder verlassen. Die SPD-geführten Bundesländer fordern wir auf, ausreisepflichtige Ausländer, die abgeschoben werden können, auch tatsächlich außer Landes zu bringen. Unsere Entwicklungszusammenarbeit ist auch darauf gerichtet, die Rücknahmebereitschaft der Herkunftslander zu befördern.

Wir brauchen klare europäische Asylregelungen mit eindeutigen Zuständigkeiten, vereinheitlichten Leistungen und einer fairen Lastenteilung. Wir sind bereit zu einer europäischen Harmonisierung, bei der der Staat Asyl nach Maßgabe der Gesetze gewährt.

Wir wollen mithelfen, die Auswanderungsursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Denn je geringer der Auswanderungsdruck, desto geringer auch der Zuwanderungsdruck in die Länder Europas. Deshalb ist es so wichtig, daß die Vereinten Nationen – und in ihrem Auftrag die NATO und andere Staaten – überall auf der Welt konfliktregulierend und streitschlichtend eingreifen, denn kriegerische Auseinandersetzungen und Gewalttaten sind noch immer der Hauptanlaß für Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen. Armutswanderungen aus der Dritten Welt müssen wir auch weiterhin mit effizienten Maßnahmen der Entwicklungsförderung und der Hilfe zur Selbsthilfe begegnen.

Die Integration der auf Dauer rechtmäßig bei uns lebenden ausländischen Mitbürger wollen wir weiter fördern. Diese Integration findet auch vielerorts statt, zum Beispiel am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein. Wer auf Dauer in Deutschland leben will, der muß auch bereit sein, sich in unsere Gesellschafts- und Werteordnung einzufügen, sich unseren Lebensgewohn-

heiten anzupassen, unsere Rechtsordnung und unsere Verhaltensnormen zu beachten und die tragenden Grundüberzeugungen unseres Gemeinwesens zu respektieren. Integration muß bewußt gewollt und auch angestrebt sein. Das Nachzugsalter von Kindern muß so angesetzt sein, daß die notwendigen schulischen und außerschulischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration gegeben sind.

Wir beabsichtigen, im Rahmen einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als Abschluß erfolgreicher Integration weitere Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu gewahren. Wer Deutscher werden will, muß aber bereit sein, seine alte Staatsangehörigkeit aufzugeben. Wichtigste Einbürgerungsvoraussetzungen sind Beherrschung der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz.

Wir wollen Integration derer, die dauerhaft und rechtmäßig bei uns leben; Ausweisung jener, die in Deutschland gegen die Rechtsordnung grob verstoßen, Begrenzung des Zuzugs und Verhinderung illegaler Zuwanderung, um die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen nicht zu überfordern, Bekämpfung der Wanderungsursachen in den Herkunftsländern – nur so kann eine vernünftige Ausländerpolitik für Deutschland und für Europa aussehen.

Engagement für die Eine Welt

Wir wollen unsere Verantwortung für Frieden und nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert wahrnehmen. Den Menschen in den Entwicklungsländern bieten wir unsere Hilfe zur Selbsthilfe an. Voraussetzung für unsere Hilfe ist, daß die betreffenden Staaten geeignete Rahmenbedingungen für Entwicklung schaffen, also Beachtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, eine sozial ausgerichtete Marktwirtschaft, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns.

Wenn wir uns für den Kampf gegen Armut und Unterentwicklung engagieren, leisten wir zugleich einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen. Denn Unterentwicklung und Umweltschädigung hängen eng miteinander zusammen. Viele Umweltprobleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind auf nationaler Ebene nicht zu lösen. Die ökologische Herausforderung ist eine Herausforderung im Weltmaßstab und kann auch nur im Weltmaßstab angegangen werden. Wir werden daher die Harmonisierung von Umweltschutzstandards bei uns in Europa und weltweit vorantreiben.

Herausgeber:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn
Telefon: 02 28/5 44-0
Telefax: 02 28/5 44-482
50/088 · Bestell-Nr. 5488

CSU Landesleitung
Geschäftsbereich Öffentlichkeitsarbeit
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Telefon: 089/1243-0
Telefax: 089/1243-299